

Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen

Bundesteilhabegesetz Vertragsrecht / Leistungserbringungsrecht

Janina Bessenich
Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie CBP
Freiburg i.Br.

Vertragsrecht / Leistungserbringungsrecht

Rechtlicher Rahmen für Verträge zwischen
Leistungserbringern und Leistungsträgern der Eingliederungshilfe

Übergangsregelungen und neue Eingliederungshilfe /
Bedarfsfeststellung versus
Fachleistungen der Eingliederungshilfe
nach Landesrahmenverträgen/Leistungsvereinbarungen

Rahmenbedingungen im Vertragsrecht

Vertragsrecht Bundesebene
(§§ 123 ff SGB IX seit dem 01.01.2018)



Bundesempfehlungen



Landesrahmenvereinbarungen



Leistungsvereinbarung /
Vergütungsvereinbarung

Wohn- und Betreuungsvertrag
Werkstattvertrag

Inkrafttreten:

- **Vertragsrecht der Sozialhilfe SGB XII ab 1.01.2018
neues Vertragsrecht der EGH (§§ 123-134 SGB IX)**
- **Ab 01.01.2018 neues Bedarfsermittlungsverfahren
§§ 141-145 SGB XII / ab 01.01.2020 §§ 117 SGB IX**
- **Ab 01.01.2020 Sozialgerichtsbarkeit
ausdrücklich für SGB IX Teil 2 zuständig (SGG)**
- **Ab 01.01.2020: Teil 2 des SGB IX
neues Recht der Eingliederungshilfe
(Leistungsrecht)**

Vertragliche Grundlagen der Leistungserbringung :

- **Landesrahmenverträge**
(bundesweit unterschiedliche u.a. HH, Rheinland-Pfalz, NRW, Thüringen)
- **Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen** sowie
(unterschiedliche einrichtungsindividuelle Verträge)
- Wohn- und Betreuungsverträge / Werkstattverträge /
Verträge mit Besuchern von Tagesstätten etc.

Grundlagen der Leistungserbringung :

Leistungserbringungsrecht bestimmt die Rechte und Pflichten der Leistungsanbieter (§§ 123 ff SGB IX) gegenüber dem Träger der EGH

Die Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe erfolgt im. **Dreiecksverhältnis:**

Inhaltliche Änderungen im Leistungsrecht (seit 01.01.2020) müssen im Vertragsrecht (Geltung seit 01.01.2018) abgebildet werden

Vertragsrecht im Dreiecksverhältnis 01.01.2020

Leistungsberechtigter



Sozialhilfe



Leistungsträger

Leistungserbringer

Neues Vertragsrecht §§ 123 ff SGB IX

- **Sozialrechtliches Dreieck bleibt**
 - für Fachleistungen der EGH
 - nicht für existenzsichernde Leistungen
- **Aufhebung des Bruttoprinzips**
§ 137 Abs. 3 SGB IX Einführung des Nettoprinzips und keine Vorleistungspflicht des EGH-Trägers bezüglich der gesamten Leistung
- **Kein Vergaberecht**
- **Anerkennung der tariflichen Bezahlung**
§ 124 Abs. 1 S. 4 SGB IX

Neues Vertragsrecht §§ 123 ff SGB IX

- **Anpassung der Verträge**
an leistungrechtliche Neuerungen im SGB IX
(Fachleistungen der EGH)
an die Inhalte des Gesamtplans
nach § 121, 123 Abs. 4 SGB IX
Neue Vereinbarungen über Teilhabeleistungen /
Vergütung / Neue Vereinbarungen LE und LB
- **Möglichkeit Abweichender Vereinbarungen zur Vergütung § 132 SGB IX**
- **Neue Anforderungen an Leistungserbringer ab 2017**
Erweiterte Führungszeugnisse auch
im Erwachsenenbereich

Neues Vertragsrecht §§ 123 ff SGB IX

- **Beteiligung** der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderung bei Rahmenverträgen § 131 Abs. 2 SGB IX
- **Beteiligung** der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderung bei Schiedsstellen § 133 Abs. 5 Nr. 10 SGB IX
- Direkter **Vergütungsanspruch** des Leistungserbringers gegen den EGH-Träger

Neues Vertragsrecht §§ 123 SGB IX

- **Neues Leistungsrecht** ab 01.01.2020
- **Vergütungsrecht** - weiterhin Leistungspauschalen nach Gruppen mit vergleichbarem Hilfebedarf oder Stundensätze, auch für gemeinsame Inanspruchnahme
- **Gesamtplan** ist bei Leistungserbringung zu beachten
- Trennung Existenzsicherung /
Teilhabe: **neue WBVG Verträge**
Ausnahme § 134 SGB IX

Neues Vertragsrecht §§ 123 SGB IX

- **Neues Leistungsrecht** ab 01.01.2020
- Gesetzliche Verankerung von **Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen**
Wirksamkeitsprüfungen § 128 SGB IX
- Gesetzliche Regelung zur **Vergütungskürzung** bei Vertragsverletzungen § 129 SGB IX

Neues Vertragsrecht §§ 123 SGB IX

- **Leistungsvereinbarung schiedsstellenfähig**
Schiedsstelle §§ 126 Abs. 2, 133 SGB IX für
Vergütung *und Leistung*
- Aufforderung zu Verhandlungen muss schriftlich erfolgen
- **Grundsätze des externen Vergleichs** gesetzlich geregelt § 124 Abs. 1 SGB IX
- **Schiedsstellenverfahren:**
Drei Monate Frist von schriftlicher Aufforderung zur
Verhandlung bis Antragstellung
Rückwirkung von Vereinbarungen
ausgeschlossen

Neues Vertragsrecht §§ 123 SGB IX

- **Landesrahmenverträgen sollen regeln u.a.:**
- **Höhe** der Leistungspauschale
Festlegung von Personalrichtwerten und anderen
Modellen zur Festlegung der personellen Ausstattung
Grundsätze und Maßstäbe für die **Wirtschaftlichkeit
und Qualität einschließlich der Wirksamkeit**
Verfahren zum Abschluss von Vereinbarungen
- Regelungen sollen das neue Leistungsrecht beinhalten
- Herausforderungen

Gegenwärtige Landesrahmenverträge und die „neue Eingliederungshilfe“

- Übergangsregelungen – Fortschreibung der Verträge / Fortschreibung der Leistungen bis 2022/2023
- Ziff. 1.4 Grundeinnahmen: NRW- Umstellungsregelung
„Die bisher bewilligten Fachleistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen werden über den 01.01.2020 hinaus durch den zuständigen Träger sichergestellt.“

Gegenwärtige Landesrahmenverträge und die „neue Eingliederungshilfe“

- Bestimmung der wesentlichen Leistungsmerkmale über Art, Ziel und Qualität der Leistung / **neue Leistungen sind teilweise benannt aber nicht definiert**
- Mindeststandards über die personelle und sächliche Ausstattung, einschließlich der Kosten für betriebsnotwendige Anlagen mit ihrer notwendigen Ausstattung / **Bezug auf die bisherigen Leistungen**

Gegenwärtige Landesrahmenverträge:

- Übergangsregelungen /
- Maßstäbe für die Struktur-und Prozessqualität **Bezug auf die bisherigen Leistungen**
- Anforderungen zur Qualitätssicherung **Bezug auf die bisherigen Leistungen**
- Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit

§ 12 LRV Thüringen:

*„Die Grundsätze und Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und Qualität einschl. der Wirksamkeit der Leistungen bemessen sich anhand der Strukturqualität, der Prozessqualität und der Ergebnisqualität. **Die Wirksamkeit der Leistungen ergibt sich aus den im Einzelfall vereinbarten Zielen und Indikatoren sowie den in der Konzeption, als Grundlage des Leistungsangebots, sozialräumlich vereinbarten Zielsetzungen.***

Gegenwärtige Landesrahmenverträge und Individuelle Bedarfsermittlung

- Übergangsregelungen /

§ 17 LRV Thüringen:

Ein im Einzelfall möglicher **Mehrbedarf ist im Rahmen der Gesamtvereinbarung grundsätzlich abgedeckt**. Sofern der Leistungserbringer im Übergangszeitraum nachweislich im Rahmen des vereinbarten Leistungsumfangs Landesrahmenvertrag des Freistaates Thüringen nach § 131 Abs. 1 SGB IX im Einzelfall eintretende zusätzliche Bedarfe nicht abdecken kann, ist im Rahmen eines Gesamtplanverfahrens zu prüfen, inwieweit Zusatzbedarfe bestehen. Sofern diese bestehen, sind sie entsprechend leistungspflichtig abzubilden.

Gegenwärtige Landesrahmenverträge:

- Übergangsregelungen /
- Grundsätze über die Vergütung mit der Bestimmung der wesentlichen Bestandteile der Kalkulation - **Bezug auf die bisherigen Leistungen**
- **Leistungserbringung „im Rahmen des Gesamtplanverfahrens“**

§ 14 LRV Thüringen: „Eine Leistungserbringung erfolgt auf Grundlage der jeweils gültigen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen im Rahmen des Gesamtplanverfahrens.“

Leistungsvereinbarungen/ Vergütungsvereinbarungen : zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer

- Umsetzung des individuellen Leistungsanspruchs des LB / bisher fehlende individuelle Bedarfsermittlung und daher keine Feststellung der individuellen Leistungen
- Die Leistungserbringung muss ausreichend (bedarfsgerecht) sein (Umfang der Leistung) und leistungsgerecht vergütet sein (Vergütung) auf der Grundlage des Landesrahmenvertrages
- **Bezug auf die bisherigen Leistungen**
- Die Vereinbarung stellt ein *vergleichbares Leistungsniveau und eine vergleichbare Qualität* durch die Festlegung von Leistungsinhalten sicher („gleiche Vergütung für gleiche Leistungen“)
Bezug auf die bisherigen Leistungen

Herausforderungen bei der Umsetzung des BTHG

1. **BTHG bedeutet einen „Systemwechsel“ in der Eingliederungshilfe bei der Leistungserbringung**
2. die neue EGH beschränkt sich auf die Fachleistungen, die inhaltlich noch nicht definiert sind
3. **Trennung der Leistungen** wird in Übergangsregelungen geregelt (ohne die neuen Leistungen inhaltlich zu definieren, (teilweise nur Abzug von festen Beträgen – Existenzsicherung – von den bisherigen Vergütungspauschalen)

Rahmenbedingungen für Umstellung im Vertragsrecht

- **Ab 01.01.2020**
Neue Landesrahmenverträge
Neue Leistungs- und
Vergütungsvereinbarungen
- Beschreibung der neuen Leistungen und des Umfangs der neuen Leistungen zur Teilhabe **noch nicht erfolgt**
- Die Ergebnisse der Vereinbarungen sollen den Leistungsberechtigten in einer wahrnehmbaren Form zugänglich gemacht werden

Leistungen zur Sozialen Teilhabe teilweise vertraglich erfasst: (inhaltliche Konzeption fehlt teilweise / Feststellung im Gesamtplan erst in Erprobung)

§ 76 Leistungen zur Sozialen Teilhabe

§ 77 Leistungen für Wohnraum (auch Kosten der Unterkunft?)

§ 78 Assistenzleistungen

§ 79 Heilpädagogische Leistungen

§ 80 Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie

§ 81 Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten

§ 82 Leistungen zur Förderung der Verständigung

§ 83 Leistungen zur Mobilität

§ 84 Hilfsmittel



Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Janina Bessenich

stellv. Geschäftsführerin und Justiziarin

Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie CBP

Reinhardtstr. 13, 10117 Berlin

E-Mail: janina.bessenich@caritas.de